

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 377.

Mittwoch, 3. Juni. (Erscheint täglich drei Mal.)

Informationen über die Verhältnisse...

1874.

Amtliches.

Berlin, 2. Juni. Der König hat den bisherigen Eisenbahn-Ober-Betriebs-Inspektor Friedrich Bormann in Saarbrücken zum Reg.- und Baurath, und die Kreisrichter Sautrup in Barmen und...

Dem fgl. Reg.- und Baurath Bormann zu Saarbrücken ist die Stelle eines techn. Mitteldes bei der dortigen f. Eisenbahndirektion verliehen...

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 2. Juni. An Stelle ihres verstorbenen Präsidenten Hofmann hat die zweite Kammer dem Großherzoge folgende Präsidentschafts-Kandidaten in Vorschlag gebracht...

Karlsruhe, 2. Juni. Von der ersten Kammer wurde heute das Gesetz betreffend die Verhältnisse der Alt-Katholiken mit allen gegen 3 Stimmen in der Fassung der zweiten Kammer angenommen.

München, 2. Juni. Der Minister des Innern, v. Pfeufer, hat in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer zugesagt, daß er die Interpellation des Abg. Herz wegen Einführung der obligatorischen Zivildienste und wegen Regelung der Zivildienstverhältnisse durch ein von Seiten der bairischen Regierung zu veranlassendes Reichsgesetz im Namen des Staatsministeriums in den nächsten Tagen beantworten werde.

Haag, 1. Juni. Aus Buitenzorg wird vom 31. Mai gemeldet, daß die Achinesen die von holländischen Truppen besetzten Ortschaften Kotaradja, Benajong und Maraka angegriffen haben. Die Achinesen wurden mit beträchtlichen Verlusten abgewiesen und zogen sich auf mehrere östlich gelegene Punkte zurück.

Petersburg, 2. Juni. Es steht zu hoffen, daß bei den von hier angeregten Beratungen über das Kriegsgesetz in Brüssel, die am 15./27. Juli beginnen, in Bezug auf gleichmäßige und den humanitären Anschauungen entsprechende Behandlung der Kriegsgefangenen, sowie über Vorschläge zur Erweiterung der Genfer Konvention etc., positive Resultate werden erzielt werden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 2. Juni. Die Abreise des Kaisers nach Ems wird um die Mitte des laufenden Monats erwartet. Der dortige Aufenthalt dürfte etwa 3 Wochen dauern, und sich daran wieder eine längere Nachkur in Wildbad-Gastein anschließen.

seitigen. Man sieht also, daß die Behauptungen der französischen Blätter Phantasiegebilde sind, denen weder faktisch noch logisch eine Begründung zur Seite steht.

DRC. Berlin, 2. Juni. Der Präsident des Reichseisenbahnamts Herr Scheele, welcher vor dem Pfingstfest eine Reise nach dem Harz angetreten hatte, ist von derselben noch nicht wieder zurückgekehrt. Man glaubt, daß derselbe nunmehr seine Absicht, von der Leitung des Reichseisenbahnamts zurückzutreten, zur Ausführung bringen wird.

Das Reichs-Eisenbahnamt hat in Bezug auf seine bisherige Thätigkeit nachstehenden vom „Reichsanz.“ publizirten Bericht an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck erstattet:

Berlin, den 27. Mai 1874. Ew. Durchlaucht Hochgeneigter Weisung entsprechend, unterläßt das Reichs-Eisenbahnamt nicht über seine bisherige Thätigkeit nachstehendes ehrenbehaftigt vorzutragen und wird demnächst ähnliche Berichte halbjährig erstatten.

Am 16. September v. J. konstituirte, hat das Reichs-Eisenbahnamt als seine wesentliche Aufgabe die Ausarbeitung eines Reichs-Eisenbahn-Gesetzes betrachtet und den Entwurf eines solchen, nachdem das Material hierzu aus sämtlichen deutschen, sowie aus den ihm zugänglichen fremden Gesetzgebungen verarbeitet und zusammengestellt worden, am 1. März d. J. nebst ausführlichen Motiven veröffentlicht.

Die Verhandlungen über die in dem Entwurfe noch vorbehaltenen Regelungen der Verhältnisse der Eisenbahnen zur Militär- und Telegraphen-Verwaltung sind abgeschlossen, die gleichmäßigen Verhandlungen mit der Reichspost-Verwaltung dem Abschlusse nahe gebracht.

Sodann ist das Eisenbahn-Betriebs-Reglement nach Anhörung von Delegirten des Handelsstandes und der Eisenbahnen einer Revision unterzogen und in Gemäßheit des vom Bundesrathe gefaßten Beschlusses mit zwar nicht zahlreichen, für das Publikum und besonders den Handelsstand aber sehr werthvollen Abänderungen bereits publizirt worden.

Die Aufstellung eines besonderen Regulativs für den Viehtransport auf den Eisenbahnen muß bis zum Abschlusse der dieserhalb eingeleiteten Erörterungen vorbehalten bleiben.

Die Revision des Bahnpolizei-Reglements ist nach Eingang der von einigen Bundesregierungen gestellten Anträge und nachdem eine größere Anzahl von Sachverständigen gehört ist, soweit vorgeschritten, daß dessen Vorlage an den Bundesrath in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Die Signalordnung, welche den Zweck hat, auf allen der Reichsaufsicht unterworfenen Bahnen gleiche Signale einzuführen, ist im Entwurfe fertig gestellt und wird in nächster Zeit mit Delegirten der Eisenbahnen berathen werden.

Die Erörterung der Tariffrage hat die Thätigkeit des Reichs-Eisenbahn-Amtes während einiger Monate stark in Anspruch genommen und Gelegenheit geboten, für die nach den Beschlüssen des Reichstages und des Bundesrathes aufzustellende Eisenbahnstatistik werthvolles Material zu beschaffen.

Nur zum Theil demselben Zwecke dienen die vom Reichs-Eisenbahn-Amte aufgestellten Nachweisungen der auf den Bahnen vorgekommenen Zugverspätungen und der verfehlten Anschlüsse, während deren periodische Publikation erfolgt, um der öffentlichen Meinung eine Kontrolle über die Pünktlichkeit des Betriebes auf den einzelnen Bahnen zu gewähren.

Die sonst erforderlichen Einleitungen zur Aufstellung der deutschen Eisenbahnstatistik sind getroffen. Als ein besonders wichtiger Zweig derselben ist die Uebersicht des Betriebsmaterials und die Feststellung der Momente, welche erkennen lassen, daß solches dem Verkehrsbefürfnisse entspreche, gemäß Artikel 43 der Reichsverfassung ins Auge gefaßt.

Nachdem die Vorarbeiten zur Ausübung der im Artikel 44 der Reichsverfassung vorgesehenen Pflicht der Reichsaufsicht, die Aufstellung der Fahrpläne für den durchgehenden Personen- und Güterverkehr, sowie die Einführung ausreichender direkter Verkehre zu überwachen, vollendet, ist unterm 21. d. M. den Eisenbahnverwaltungen der Entschluß, diese Uebersicht mit dem nächsten Winterfahrpläne zu beginnen, mitgetheilt, auch ein entsprechendes Fahrplanformular entworfen worden.

Bezüglich einzelner besonders wichtiger Verkehrsrouten ist das Reichseisenbahn-Amt schon bisher wirksam gewesen, auch ist dasselbe wegen Einrichtung von Eisgüterzügen mit den Bundesregierungen in Verbindung getreten.

Auf die Theilnahme an Feststellung der Ursachen von Eisenbahn-

unfällen hat das Reichs-Eisenbahn-Amt bisher aus geschäftlichen Gründen verzichten müssen, es wird jedoch vom 1. Juli d. J. ab zunächst von allen Unfällen sich Kenntniß verschaffen und behält sich vor, demnächst bei erheblichen Unfällen an Ort und Stelle Kommissionen zu entsenden.

Ob es thunlich sein möchte, die gerichtliche Feststellung des Thatbestandes bei solchen Unfällen für die Interessen der Reichsaufsicht nutzbar zu machen, ist zur Zeit noch Gegenstand einer Seitens des Reichs-Eisenbahn-Amtes eingeleiteten Erörterung.

Während die Eisenbahnverwaltungen die Vermittelung des Reichs-Eisenbahn-Amtes nur in wenigen Fällen in Anspruch genommen haben, sind aus dem Publikum in dem achtmonatlichen Zeitraume, auf welchen dieser Bericht sich bezieht, 333 den Eisenbahnbetrieb betreffende Beschwerden eingegangen, von denen sich:

Table with 2 columns: Description of complaint and Number of cases. Includes items like 'auf verfehlte Eisenbahnanhänge', 'auf Abänderung der Fahrpläne', etc.

beziehen und von welchen 30 durch Zeitungen, welche zu diesem Zwecke sorgfältig geprüft wurden, zur diesseitigen Kenntniß gelangt sind.

Auch da, wo die Beschwerden als unbegründet erkannt wurden, sind die Mittelstellen ausführlich und nach Umständen unter Hinweis auf den zur Durchführung ihrer vermeintlichen Ansprüche einzuschlagenden Weg - speziell den Rechtsweg - belehrt worden.

Sprachen lediglich Gründe der Billigkeit für erhobene Ansprüche, so wurde den beteiligten Eisenbahnverwaltungen, oft mit Erfolg, Berücksichtigung empfohlen, während gelegentlich begründeten Ansprüchen überall Abhilfe verschafft worden ist. Wenn in keinem Falle an das durch Nichter verstärkte Reichs-Eisenbahn-Amt Rekurs erhoben ist, so dürfte darin der Beweis für das gewissenhafte Streben des Reichs-Eisenbahn-Amtes liegen, die Ansprüche des Publikums wie die der Eisenbahnverwaltungen in gleichem Maße gerechter und billiger Ermäßigung zu unterziehen.

In zahlreichen Fällen haben erhobene Beschwerden Material für die Revision des Betriebs-Reglements und für den Entwurf des Reichs Eisenbahn-Gesetzes geliefert.

Schließlich hat das Reichs Eisenbahn-Amt dankend anzuerkennen, daß seine Bestrebungen von den Bundesregierungen bereitwillig gefördert wurden und daß in keinem Falle die Bitte um Unterstützung abgelehnt worden ist.

Das Reichs-Eisenbahn-Amt. Scheele.

An des Herrn Reichskanzlers Fürsten von Bismarck Durchlaucht. Die Einnahmen des deutschen Reiches für die Zeit vom 1. Januar bis Ende April 1874 betragen nach vorläufiger amtlicher Feststellung:

Table with 3 columns: Category, Amount in Thaler, Amount in Mark. Includes 'Eingangsgeld', 'Kübenzuckersteuer', 'Salzsteuer', etc.

Zusammen Thlr. 44,975,661 m. 2,212,019

Die Zahl der Studierenden der evangelischen Theologie vermindert sich mit jedem Jahre. Im vorigen Sommer besuchten die 6 Universitäten der altpreußischen Landestheile 543 evangelische Theologen, in diesem Jahre nur 526, also 17 weniger.

Aus Vittoria, v. 24. v. M. schreibt ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“

Am 19. d. M. war General Concha hier in die festlich zu seinem Empfange geschmückte Stadt unter dem Geläute der Glocken und dem lauten Jubel der Bevölkerung eingezogen. Seit dem folgenden Donnerstag den 21. war die ganze in Alaba operirende Armee, das erste Corps unter Letona, das dritte unter Echague und die Avantgarde-Division unter Blanco, in Vittoria und dessen nächster Nähe sowie längs der Straße nach Miranda konzentriert.



tion von Villareal flankieren. Nachdem die bis in die Ebene vorge- schobene, etwa 200 Pferde stark ausgeschwärmte carlistische Kavallerie rasch vertrieben, wurde unter heftigem Feuer der gedeckten liegenden ala- vesischen Bataillone die Höhe erklommen. Von der Division Blanco hatte das Jägerbataillon Alcolea die Lede und in diesem focht, als Freiwilliger auf Seiten der Regierungstruppen den Krieg mitmachend, ein junger preussischer Offizier a. D., Herr v. Br. Derselbe, das Gewehr in der Hand, an der Spitze der Schützenkette vordringend, fiel als der erste im Momente des Erklommens der bewaldeten Höhe, wenige Schritte vor der Tranche; ein Schuß durch den rechten Oberschenkel streckte ihn nieder. (Der junge Offizier befindet sich, heiläufig bemerkt, von der Bevölkerung mit Aufmerksamkeit und Fürsorge überhäuft, hier in besser Pflege; die Wunde ist glücklicher Weise keine lebensgefährliche.) Außer Herrn v. Br. wurden noch ein Unteroffizier und zwei Mann bei dem Angriff verwundet. Kurze Zeit darauf nahm auch Schague, auf dem rechten Flügel vordringend, nach kurzer Feuersgefahr das Dorf Urbina. Am Mittag hielt Concha seinen Einzug in Villareal, wo Nachts zuvor der carlistische Führer Mendiri gewiß hatte. Die Carlisten haben sich in höher gelegene Positionen hinter Villareal zurückgezogen. Der heutige Gesamtverlust soll nur 10 Mann betragen. Ich füge noch hinzu, daß hier im Heer allgemein die Ansicht herrscht, die Armee werde nach Fortsetzung und Sicherung der über die Sierra de Arlaban führenden Pässe nicht weiter gegen Biscaja vor- dringen, sondern, nachdem sie die Kräfte des Gegners thuklicht dort- hin gezogen, einen Rechtsabmarsch über Salvatierra nach Pamplona und Estella in das Navarresische unternehmen. Heute Nachmittag wird eine von Serrano in Madrid an Marschall Concha gehende Depesche von Miranda, der nächsten noch im Betrieb befindlichen Telegraphen- station, unter Eskorte von 50 Lanciers, die wiederholt gewechselt, in voller Carriere durch Vitorias Straßen nach Villareal in Concha's Hauptquartier befördert.

**Rom, 30. Mai.** Wie bereits telegraphisch gemeldet worden ist, legte der Ministerpräsident Minghetti die finanziellen Geses- entwürfe, soweit dieselben von der Deputirtenkammer angenommen worden sind, vor und gab demnächst ein Exposé der Zwischenfälle, welche die Mitglieder des Kabinetts veranlaßt haben, trotz der jüngst ausgebrochenen Krisis auf ihren Posten zu verbleiben. Minghetti knüpfte hieran den Wunsch, der Senat möchte, so lange das Gleich- gewicht des Staatsbudgets nicht wiederhergestellt sei, die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Landesverteidigung, welcher dem Lande neue Lasten auferlege, vertagen. Der Ministerpräsident erklärte sich aber, nachdem General Menabrea und die Senatoren Amari und Errante für die baldige Erledigung des erwähnten Geses- entwurfs gesprochen hatten, damit einverstanden, daß diese Frage erst entschieden werden solle, wenn der Senat sich mit der Vorlage über die Landesverteidigung zu beschäftigen haben würde. Hierauf ging das Haus zur Berathung der einzelnen finanziellen Vorlagen über.

**London, 1. Juni.** Die Erhebung des Prinzen Arthur zum Herzog von Connaught soll durch besondere Festlichkeiten in Du- blin gefeiert werden. Der Vice-König von Irland, der Herzog von Abercorn, hat den Prinzen zu einem sofortigen Besuche nach Dublin eingeladen und es wird erwartet, daß er am 2. Juli mit dem Vice- Könige bei dem Diner zugegen sein wird, das der Lord Mayor von Dublin zu Ehren Sir Garnet Wolseley's, der ein Irländer von Ge- burt ist, veranstaltet. — Wie der „Telegraph“, so versprechen sich auch „Morning Post“ und „Hour“ ungemein viel von dem irischen Her- zogsrittel des jungen Prinzen. Wenn auch nur die Hälfte der Erwar- tungen, die diese Blätter sich machen, in Erfüllung geht, dann dürften Herr Butt und die anderen Home Ruler ihre Sonderparlamentsbe- strebungen und andere diesen Blättern nicht anstehende Wünsche nur- sofort einpicken. — Die feierliche Begehung des Geburtstages der Königin ist auf nächsten Sonnabend verlegt worden; in den Haupt- häfen und militärischen Stationen werden, wie üblich, Salutsschüsse ab- gegeben werden. Ausnahmsweise findet dieses Jahr auch eine Art Parade in den „Doris Guards“ statt, welcher der Herzog und die Herzogin von Edinburgh und andere Mitglieder der königlichen Familie betheiligen werden. Auch ein Theil der hiesigen Volontärs wird den Tag durch Parademärsche und sonstige festlich begeben. — Bei einem öffentlichen Banket in Portsmouth theilte Sir Rodney Mundy, der Oberkommandant zur See dieses Hafens, der Versammlung mit, daß er bei seiner neulichen Begegnung mit dem Kaiser von Rußland dem- selben sein Bedauern darüber ausgesprochen habe, den Gast der Kö- nigin nicht auch in Portsmouth begrüßen zu können. Der Kaiser habe ihm hierauf geantwortet, daß er in Wäde England wieder besuchen werde und alsdann sicher nicht verfehlen werde, den Hafen von Ports- mouth zu besichtigen.

Vom auswärtigen Amte ist eine Reihe von Schriftstücken ver- öffentlicht worden, welche sich auf die Wegnahme des Virginus und die barbarischen Hinrichtungen in Santiago de Cuba beziehen, im Ganzen 67 Depeschen und Telegramme. In einer Depesche vom 20. Februar an Herrn Lahard, den englischen Gesandten in Madrid, sagt Lord Granville: „Die königliche Regierung glaubt sich im Rechte, von der spanischen Regierung wegen der Hinrichtung britischer Unter- thanen Genugthuung zu verlangen, sowohl was die nationale Aner- kennung des verübten Unrechtes als die Entschädigung der Verwand- ten der Hingerichteten betrifft. Sie begründet ihre Anklage keineswegs auf die Wegnahme des Virginus oder die Zurückhaltung seiner Passa- giere und Bemannung. Der wahre Grund der Anklage ist, daß, selbst angenommen, das Schiff wäre gesechlich mit Beschlag belegt und die Bemannung rechtmäßig zurückgehalten worden, die summarische Hinrichtung in Folge eines unregelmäßigen Verfahrens von Seiten eines an Ort und Stelle abgehaltenen Kriegsrathes durch nichts ge- rechtfertigt werden kann. Unter welchem Richte man den Charakter des Virginus mit seiner Bemannung betrachten mag, läßt sich doch das Verfahren der cubanischen Behörden weder billigen noch ent- schuldigen. Es lag kein Grund vor, solch eine Expedition als einen Akt der vom Völkerrechte verpönten Seeräuberei zu behandeln.“ Lahard theilte den Inhalt dieser Depesche Herrn Sagasta, als dem damaligen Minister des Auswärtigen, mit und emp- fing am 8. März von demselben eine Antwort, nach welcher die spa- nische Regierung dem Verlangen der britischen Regierung ernste Be- achtung geschenkt. Da jedoch die Wegnahme des Virginus sowohl als die späteren Ereignisse unter einem früheren Ministerium vor sich ge- gangen, so sehe das gegenwärtige Ministerium sich genöthigt, diese Angelegenheit mit reiflichster Ueberlegung zu behandeln und der briti- schen Regierung seiner Zeit von der gefälligen Entscheidung Kenntniß zu geben. Lord Derby scheint sich jedoch nicht ins Unendliche verträufen lassen zu wollen, sondern bemerkt in seiner letzten Depesche an Herrn Lahard vom 7. Mai: „Angesichts der ersten Schwierigkeiten, mit denen die spanische Regierung in der jüngsten Zeit zu kämpfen hatte, war die königliche Regierung wenig geneigt, sie um ein nach- drückliches Bestehen auf eine endgiltige Antwort in dieser An- gelegenheit zu ersuchen; da aber jetzt der Erfolg der Prepu-

blikanischen Waffen in Biscaja dem Marschall Serrano die Rückkehr nach Madrid ermöglicht hat, so hofft die königliche Regierung zu- verlässlich, daß die Regierung mit der Antwort nicht lange zögern wird. Ich ersuche Sie, Herrn Sagasta in diesem Sinne eine Mit- theilung zu machen.

## Lokales und Provinzielles.

**Posen, 3. Juni.**

— Die mit Verhaftung und Amtsentsetzung bedrohten Bischöfe beeilten sich, die ihnen noch übrige freie Zeit zur Ausweihung einer möglichst großen Zahl von Klerikern zu benutzen. So empfingen am 30. d. M. in Pselpin 19 Kleriker, welche erst einige Tage vorher zu Subdiakonen geweiht worden waren, die Weihe zu Diakonen. In einigen Wochen sollen sie auch noch die Priesterweihe erhalten.

**Ein Kreisgerichts-Exekutor.** Namens Radkowski aus Schrimm, 42 Jahre alt, mittlerer Statur, mit braunem Haar, ist von dort verschwunden. Am 29. Mai ist er in Dienstuniform auf einer Britische mit braunem Wallack auf einer Dienstreise in Karnik gesehen worden. Das Kreisgericht zu Schrimm ersucht um Nachzehen nach dem Verschwundenen, dessen Fuhrwerk und den von ihm einge- zogenen Geldern. Nach den hierher gelangten Nachrichten soll er das Fuhrwerk nach Posen verkauft, und flüchtig geworden sein.

**Zwei Zigarrenmacher** wurden auf einem Hofe in der Sand- straße durch einen Töpler arg gemißhandelt, angeblich, weil sie den Hof beunreinigten.

**Diebstähle.** Einem Handelsmann in der Nassengasse wurden vor einigen Tagen aus einem Schrank 6 Thlr. entwendet; einem Ar- beiter in der Kl. Gerberstraße aus seiner Wohnung ein brauner Duffel- rock durch einen Schuhmacher, welcher bereits verhaftet ist; zwei Husaren aus der Husarenkaserne durch einen Kammeraden je ein Paar Extrastiefel, und sind als Fehler durch die Kriminalpolizei bereits ein früherer Kellner und ein Schuhmacher ermittelt und verhaftet worden. Einem Wirth in Jerzyce wurden durch seinen Dienstjungen, welcher entlaufen ist, ein Paar Stiefel und ein Portmonnaie mit 1 Thlr. 10 Sgr. gestohlen.

**Moschin, 1. Juni.** [Schützenfest.] Neues Distrikt's Amiel.) Bei dem Schützenfeste wurde der beste Schuß für den Prinzen Friedrich Karl gethan. Derselbe hat die Königswürde angenommen und wurde daher als Schützenkönig proklamirt. — Heute wurde das neue Distrikt's Amt Woiwoda eröffnet und als Distrikt's Kommissarius Hr. Gutsherr Karl von Pulzyskowsky von dem Hrn. Kreislandrath eingeführt. Es gehören zu diesem Distrikt 44 Ortschaften.

**Neutomischel, 2. Juni.** [Schützenfest.] Bei dem dies- jährigen Schützenfeste erwarb die Würde des Schützenkönigs der Kä- merer a. D. Wilhelm Richter und die des Nebenkönigs der Kaufmann Berthold Wandrey hiersebst.

**Bromberg, 1. Juni.** [Feuer. Lebensrettung. Wohl- thätigkeits-Vorstellung.] In der Zeit von etwas über 24 Stunden hatten wir in unserer Stadt viermal an vier verschiedener Orten Feuer. Zuerst brach ein solches Sonnabend Abend in der Jacobsstraße aus, wo ein kleiner Stall und ein Stüd Jann nieder- brannte. Das zweite Feuer brach gestern Nachmittag auf dem Peter- son'schen Grundstück in der Fischerstraße aus und brannte daselbst ein stallähnliches Gebäude nieder. Das dritte Feuer 12 Uhr Nachts legte einen Ziegenstall auf einem Grundstück in der Alexanderstraße in Asche und nach zwei Stunden, nachdem die überaus thätige Feuer- wehr sich von den Strapazen des Laufens undfahrens erholt hatte, denn zu einer Thätigkeit kamen sie hier gar nicht, da, als sie mit ihrer Spritze, wie beim ersten Feuer am Sonnabend auf der Brand- stelle erschien, dasselbe von den Bewohnern des Hauses zc. gelöscht worden war, erscholl wiederum Feuerlärm. Diesmal brannte es auf einem Grundstück in der Gamm- und Bahnhofstraße, wo der Pferde- stall des Schmiedemeisters und Drochstenbesizers Albrecht in Flammen stand. Durch das thätige Eingreifen der Feuerlöschmannschaften be- schränkte sich das Feuer nur auf diesen einen Stall. Leider kamen hier 9 Pferde in den Flammen um, außerdem verbrannten dem Al- brecht einige Schlitten und verschiedene Wagenstücke. Der demselben zugefügte Schaden kann sich nur, was die verbrannten Pferde zc. be- trifft, auf ca. 1000 Thlr. belaufen. Bei Alarmirung der freiwilligen Feuerwehr bei dem Feuer am Sonnabend Abend erfuhr das von der- selbst im Starke'schen Lokale veranstaltete Fest — das Stiftungsfest ihres zehnjährigen Bestehens, — eine unliebsame Unterbrechung. Nach Dämp- fung des Feuers kehrten sämtliche Festgenossen aus dem Festlokal zurück, um das unterbrochene Fest in heiterer Weise bis gegen Morgen fortzu- setzen. — Gestern Nachmittag fiel ein Barbierlehrling beim Angeln in die Brahe und wäre ertrunken, wenn ihn nicht der Lehrer Dydowski mit eigener Lebensgefahr aus dem Wasser herausgeholt hätte. — Zum Besten der in Posen hungernden Juden fand am vergangenen Sonn- abend im hiesigen Sommertheater eine Vorstellung statt. Dieselbe war überaus zahlreich besucht und wurde eine recht gute Einnahme erzielt.

### r. Zweiter Städtetag in der Provinz Posen.

Am 2. Juni wurden die Berathungen des zweiten Städtetages in der Aula der Realschule unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Reimann-Rissa fortgesetzt und beendet. Außer den bereits am Montage anwesenden 22 Vertretern der Städte waren erschienen: Oberbürger- meister Boie-Bromberg und Rechtsanwält und Stadtverordneten- vorsitzer Höniger-Noworadclaw. Auch an diesem Tage wohnten, wie am Tage zuvor, Oberbürgermeister Kohleis und mehrere andere Magistratsmitglieder unserer Stadt, den Verhandlungen als Zuhörer bei. — Bevor die Verammlung in die Tagesordnung eintrat, wurde auf Antrag des Vorsitzenden der § 2 des von dem ersten Städtetage angenommenen Statutes, nach welchem alle Mitglieder gleich stim- maberichtig sind, folgendermaßen abgeändert: Theilnahmeberechtigt sind alle gegenwärtigen und früheren Mitglieder der städtischen Behörden und Verwaltungsausschüsse; stimmberechtigt dagegen sind die Mit- glieder nach der Einwohnerzahl der Städte, welche sie vertreten, und zwar so, daß Städte über 50,000 Einwohner 4 Stimmen, über 25,000 Einwohner 3 Stimmen, über 10,000 Einwohner 2 Stimmen, unter 10,000 Einwohner 1 Stimme haben. Es würde demnach Posen, wenn es beiträte, mit 4 Stimmen vertreten sein, während Bromberg 3 Stimmen hat.

Oberbürgermeister Boie-Bromberg trägt darauf ein eingehendes Referat über die Frage vor: Welche Reformen der Ge- meindesteuern sind in Folge der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in den betroffenen Städten erforderlich? Derselbe erörtert zunächst das Wesen der direkten und der indirekten Steuern, und weist darauf hin, daß die indirekten Steuern wegen der bequemen Erhebung und der bedeutenden Erträge, die sie gewähren, lang beliebt gewesen seien, und daß auch die Kommunen deßwegen gern an ihnen festhalten. Wenn trotzdem viele Kommunen beschlossen haben, nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Schlachtsteuer als Kommunalsteuer nicht weiter zu erheben, so liegt der Grund davon zum Theil in örtlichen Verhältnissen, so z. B. bei Bromberg, welches sich als offene Stadt wegen der schwierigen Ueberwachung wenig zur Forterhebung der Schlachtsteuer eigne. Außerdem untergrabe aber auch diese Steuer wegen der möglichen Defraudationen die Sittlichkeit, belästige das Publikum durch die Ueberwachung, und lasse unvernünftigmäßig schwer auf der ärmeren Bevölkerung. Auf welche Weise sei aber der durch die Aufhebung der Mahl- und Schlacht- steuer entstehende Ausfall zu decken? Eine durch Zuschläge zu indirekten Steuern, wie Gebäude- und Gewerbesteuer? Ein derartiger Modus sei zu vermeiden, schon aus dem Grunde, weil nur ein Theil der Bewohner durch diese Steuern betroffen werde, und

die Kapitalisten von denselben verschont bleiben. Etwa durch Miethsteuer? Dieselbe werde zwar in Berlin erhoben, in anderen Städten jedoch sei ihre projektirte Einführung auf vielfachen Widerstand gestoßen, vornehmlich weil sich ergeben habe, daß durch dieselbe der Reinertrag im Verhältnis zum Reichthum bedeutend mehr belastet werde, nämlich ungefähr im Verhältnis von 100:33. Auch würden durch diese Steuer die Kinderlosen weniger betroffen, als die Steuerzahler mit zahlreicher Familie. Man habe nun zur Deckung des Ausfalls auch die Staatsbeihilfe in Anspruch genommen, indem in der bekannte- berliner Petition die Ueberweisung der Hälfte der Gebäudeschulden an die Kommunen beantragt werde, ein Antrag, der mit Hinblick auf das, was die Städte an Stelle des Staatseinkommens leisten (z. B. für Unterrichtsweesen) gewiß alle Berechtigung habe. Doch würde die Ueber- weisung dieses Steuerbetrages den Kommunen nur für eine Zeit, nicht auf die Dauer wesentlichen Nutzen bringen zc. Dagegen werde der Staat den Kommunen dadurch eine Beihilfe leisten können, daß er sie in billiger Weise zu der Staats-Einkommensteuer heranziehe: Es werde sich empfehlen, den Ausfall durch Einführung oder Erhöhung einer direkten Gemein- de-Einkommensteuer zu decken. Die Gemeinde-Einkommensteuer sei durch Zuschläge, nicht im Anschlusse an die Staatseinkommensteuer aufzubringen. Es sei ferner dahin zu wirken, daß der Staat die klassifizierte Einkommensteuer kontingentire, daß die Progression bei der klassifizierten Einkommensteuer bis zu einem Einkommen von 5000 Thlr. fortgesetzt werde. Es sei außerdem nothwendig, daß die obligatorische Selbsteinschätzung wegen Mangel an Verständniß noch schwer durchzuführen sei, die fakultative Selbsteinschätzung der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer eingeführt werde, außerdem seien aber die Staats-Einschätzungskommissionen mit weiter- gehenden Befugnissen in Betr. der Ermittlung der Verhältnisse der Steuerpflichtigen auszustatten, und ein mündliches und öffentliches Verfahren bei der Entscheidung der Reklamationen und Remonstrationen einzuführen. Auch müßten sämtliche auf Steuer-Ermäßigung oder Steuererlaß wirkende Privilegien aufgehoben werden, durch die in Bezug auf das Einkommen, sondern auch das Privatvermögen eine bevorzugte Stellung genieße.

Bürgermeister Reimann empfiehlt außerdem zur Deckung der bestehen- den Ausfälle die Einführung von Luxussteuern, insbesondere die Erhö- hung der Hundsteuer, die Equipagensteuer zc., auch die Zahlung der Schulden in Elementarschulen. Ferner empfiehlt derselbe, wenn ein feststehende, wie viel Steuer in der Kommune aufzubringen sei, die Ein- schätzung nach 4 Erwerbquellen, und zwar so, daß die bloße Arbeit den wenigsten zur Besteuerung heranzuziehen sei, dann das Gewerbe, dann das Kapital und am meisten die Großindustrie. — Oberbürgermeister Boie spricht sich gegen die Einführung der Schulden in Elementar- schulen aus, weil sie nur einen geringen Ertrag ergeben würden, und aus demselben Grunde gegen die Luxussteuern, die nicht wenig einträglich, sondern auch lästig sind. Auch ist derselbe gegen jene Einschätzung nach den Erwerbquellen, weil auf diese Weise der Fabrikant, der mit Kapital und Intelligenz arbeite, zu hoch be- steuert werde. So lange die Kontingentirung der Steuer noch nicht eingeführt sei, werden auch die Privilegien in Bezug auf Besteuerung aufrecht zu erhalten sein, weil die Beamten sonst geschädigt werden würden. — An der Debatte theilnehmten sich außerdem Stadtverord- netenbörlicher Höniger-Noworadclaw und Bürgermeister Müller- Schwerin. — Nachdem darauf die Amendements des Bürgermeisters Reimann-Rissa in Betreff der Einführung von Luxussteuern, der Aufhebung von Schulden in Elementarschulen, und Abschätzung nach den genannten 4 Erwerbquellen abgelehnt worden, wird folgende Resolu- tion im Anschlusse an das Referat des Oberbürgermeisters Boie an- genommen.

Der Städtetag der Provinz beschließt: 1) Den Städten, welche durch die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer Ausfälle an ihren Einnahmen erleiden, wird empfohlen, solche Ausfälle durch Einführung oder Erhöhung einer direkten Gemeinde-Einkommensteuer zu decken; 2) Die Gemeinde-Einkommensteuer ist direkt durch Zuschläge, nicht im Anschlusse an die Staats-Einkommensteuer, aufzubringen; 3) Es ist dahin zu wirken, a. daß der Staat die klassifizierte Einkommensteuer kontingentire, b. daß die Progression auch bei der klassifizierten Ein- kommensteuer bis zu einem Einkommen von 5000 Thlr. fortgesetzt werde, c. daß die obligatorische Selbsteinschätzung unter den nöthigen Garantien eingeführt werde, d. daß die Staats-Einschätzungskommissionen mit weiter gehenden Befugnissen in Betr. der Ermittlung der Verhältnisse der Steuerpflichtigen ausgestattet werden, e. daß sämtliche auf Steuer-Ermäßigung oder Steuererlaß wirkende Privilegien aufgehoben werden.

Bürgermeister Reimann-Rissa referirt darauf in längerem Wor- trage über die Frage: Ist die Einführung der Friedenthal'schen Kreis- ordnung in der Provinz Posen vorthelhaft? Referent führt zunächst aus, auf welchen gesetzlichen Bestimmungen gegenwärtig die Kreisverwaltung in unserer Provinz beruht, und alsdann die wesentlichsten Bestimmungen der neuen Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 an, welche ein Muster von Dezentralisation sei und selbst in konservativen Kreisen sich immer mehr Anerkennung er- ringe. Wenn sie in unserer Provinz nicht eingeführt sei, so liege der Grund davon nicht etwa in der Minderbefähigung, sondern in der Gegenläufigkeit, die sich hier auf allen Gebieten geltend machen, sowie darin, daß es hier an dem Vertrauen, welches der Regierte zum Regierenden haben muß, vielfach fehle. Referent erläutert nun, weshalb sich die Friedenthal'sche Kreisordnung im Wesentlichen von der Kreis- ordnung vom Jahre 1872 unterscheidet, und bezeichnet als Hauptmängel der ersteren die Beibehaltung des Instituts der Distriktskommis- sionen, welche eine Machterweiterung der Polizei involvire, sowie die In- stitution der Kreisaußschüsse, welche leicht zum Organ der Regierung werden würden zc. Trotzdem werde es erwünscht sein, daß die Friedenthal'sche Kreisordnung möglichst bald eingeführt werde, da durch sie eine Selbstverwaltung möglich sei, dieselbe außerdem mannigfache organische Einrichtungen bringen werde (Provinzialland- tag, Provinzialfonds, Begeordnungen zc.).

Oberbürgermeister Boie schließt sich dem Wunsche nach baldiger Einführung der Friedenthal'schen Kreisordnung an, und ist der Ansicht, daß die gegen dieselbe erhobenen Bedenken doch gegen die Vor- theile, welche sie gewähren werde, zurücktreten. Die Institution der Distriktskommisarien werde die Regierung sicher nicht fallen lassen, es sei nicht zu fürchten, daß die Kreisaußschüsse Organe der Regie- rung werden würden. Es wird darauf folgende Resolution angenom- men:

Diesem, welche den Friedenthal'schen Kreisordnungs- entwurf eingebracht haben, haben sich um die Provinz Posen verdient gemacht, und gebührt ihnen daher der Dank derselben. Es liegt im Interesse der gedeihlichen Fortentwicklung unserer Provinz, daß die Friedenthal'sche Kreisordnung möglichst bald eingeführt werde.

Ueber den Antrag des Magistrats zu Wielichowo, betr. die Ver- strafung derjenigen Ortsbehörden, welche sich der ihnen im § 2 des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 auferlegten Verpflichtung durch Fortschaffung der Kranken zu entziehen versuchen, referirt Bürger- meister Klupich-Wielichowo. Die Verammlung beschließt, den An- trag abzulehnen, dagegen dem Magistrat zu Wielichowo den Rath zu ertheilen, in den mitgetheilten Fällen gegen die betr. Ortsbehörden den Weg des Zivilprozesses zu beschreiten, da derselbe wohl zum Ziele führen werde.

Es werden darauf noch einige, in der Versammlung aus dem Braris des Gemeinlebens anageregte Fragen erörtert. Bürgermeister Büttcher-Poln. Cron richtet an die Versammlung die Frage, ob einem Magistratsmitgliede die Pension gewährt werden müsse, wenn es sich nach Ablauf der Wahlperiode nicht um die Stelle beworben oder die ihm angebotene Wiederwahl abgelehnt habe, und ob es Anspruch auf Pension habe, wenn die Wiederwahl bereits erfolgt sei, dieselbe von dem betr. Magistratsmitgliede aber nicht angenommen werde? Diese Frage wird dahin beantwortet, daß ein Magistratsbeamter, wenn er Anspruch auf Pension er- heben wolle, so lange dienen müsse, bis er seine Dienstschulden ärztlich nachweise, falls etwa nicht die Gemeinde seine Wiederwahl



ohne Grund ablehnt. — Eine andere Frage des Bürgermeisters Böttcher betrifft § 16 der baupolizeilichen Vorschriften für den Bezirk Posen. Es handelt sich dabei darum, ob ein Hausbesitzer gezwungen werden kann, das Aligement in einer Straße einzuhalten, und ob ihm seitens der Kommune eine Entschädigung für das Zurücktreten gewährt werden müsse. — Oberbürgermeister B o i e beantwortet diese Frage dahin, daß ein Hausbesitzer den polizeilichen Anordnungen in Betr. des Aligements unzweifelhaft Folge zu leisten habe, daß jedoch die Kommune verpflichtet sei, denselben für das abgetretene Terrain Entschädigung zu gewähren. Aus Mittheilungen, die von anderer Seite gemacht werden, geht hervor, daß die Kommune nur dann zu der Entschädigung verpflichtet ist, wenn sie das betr. Terrain benutzt (zur Straßenerweiterung u. c.).

Eine dritte Frage, von Bürgermeister Müller-Schwerin aufgeworfen, bezieht sich darauf, welche Exekutive dem Magistrat in Gewerbe-Streitsachen zustehen? Diese Frage wird von Bürgermeister Reimann-Lissa dahin beantwortet, daß nach dem Ministerial-Rescript vom 4. März 1834 der Magistrat gegen denjenigen, welcher in einer Gewerbe-Streitsache verurtheilt ist und dem Resolut nicht Folge leisten will, die Haft anordnen kann.

In den ständigen Ausschuss werden als Mitglieder gewählt: Oberbürgermeister B o i e - Bromberg, Bürgermeister Reimann-Lissa, Bürgermeister Polisch-Bojanowo. Als Vorort für den nächsten Städtetag wird Bromberg bestimmt. Oberbürgermeister B o i e erklärt, daß die Stadt Bromberg sich bemühen werde, ihre Hofe beim nächsten Städtetage ebenso gastfreundlich aufzunehmen, wie Posen. — Auf Antrag des Vorsitzenden beschließt die Versammlung, daß künftig die Referate über wichtigere Angelegenheiten gedruckt und den Mitgliedern 4 Wochen vor Abhaltung des Städtetages übersandt werden sollen. — Acht Stadtgemeinden haben sich den Beitritt zum Städtetage vorbehalten.

Nachdem darauf aus der Versammlung der Wunsch rege geworden, daß die Stadt Posen sich den Verbänden anschließen möge, wird beschlossen, ein offizielles Dankschreiben für die gastfreundliche Aufnahme an den Magistrat der Stadt Posen zu richten, und erhebt sich die Versammlung auf Antrag des Vorsitzenden zum Zeichen des Dankes an die städtischen Behörden. Zum Schluß bringt der Vorsitzende ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Versammlung lebhaft mit einstimmt.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

**\* Betriebs-Reglement für die Eisenbahnen Deutschlands.** gültig vom 1. Juli 1874 an, ist soeben in einer handlichen Ausgabe 8<sup>o</sup>, im Verlage der Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (H. v. Decker) zu dem Preise von 5 Sgr. erschienen. Die hierin enthaltenen Bestimmungen für die Beförderung von Personen, Reisegepäck, Leichen, Fahrzeugen und Thieren, sowie von Gütern, kommen vom 1. Juli 1874 ab auf sämtlichen Eisenbahnen Deutschlands, im Lokal- und Verbandsverkehr, sowie im Verkehr von Bahn zu Bahn zur Anwendung. — Spezialbestimmungen einzelner Eisenbahn-Verwaltungen oder Eisenbahn-Verbände haben neben diesem Reglement nur Geltung, wenn sie in die bezüglichen Tarife aufgenommen sind, mit den Festsetzungen dieses Reglements nicht im Widerspruch stehen, dieselben vielmehr nur ergänzen oder wenn sie dem Publikum günstigere Bedingungen gewähren.

### Staats- und Volkswirtschaft.

**\*\* Preussische Bank.** Wochen-Ausweis vom 30. Mai 1874.

	Aktiva.	
1. Geprägtes Geld und Barren	Thlr. 236,297,000	— 80,000
2. Kassen-Ausweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnskassenscheine	= 4,289,000	— 18,000
3. Wechsel-Bestände	= 132,282,000	+ 1,538,000
4. Lombard-Bestände	= 20,932,000	+ 127,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	= 5,586,000	+ 113,000
	Passiva.	
6. Banknoten in Umlauf	Thlr. 276,625,000	+ 3,923,000
7. Depositen-Kapitalien	= 31,435,000	— 303,000
8. Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	= 59,335,000	— 2,017,000

Es zeigt dieser Ausweis eine Zunahme des Notenumlaufes um fast 4 Millionen und außerdem eine kleine Verringerung der Metallbedeutung. Aber der Staat hat der Bank über 2 Millionen entnommen, die wohl in Noten gezahlt worden, und die Steigerung der Geldbedürfnisse des Verkehrs gegen den letzten Status summiert sich auf noch nicht 2 Millionen Thaler (Wechsel + 1,538,000, Lombard + 127,000, Depositen — 303,000). Wenn man darauf achtet, daß der Ausweis vom 30. Mai datirt, also das Ultimobedürfnis in ihm schon seine Abrechnung gefunden, so erscheint die Veränderung gar gering und giebt einen ziffermäßigen Beleg für die anomale Lage des Geldmarktes.]

**\*\* Deutsche Reichsbank.** In No. 369 der „Posener Ztg.“ geben wir einige auf diesen Gegenstand Bezug habende Auslassungen des Berliner offiziellen Correspondenten der „Elb. Ztg.“ wieder. Es wurde darin betont, daß der dem Bundesrathe zugegangene Entwurf eines Reichsbankgesetzes im preussischen Finanzministerium umgearbeitet sei und daß derselbe den Finanzminister selbst zum Verfasser habe. Dieser Entwurf schlägt die Umwandlung der preussischen Bank in eine Reichsbank unter Ausschluß der ferneren Theilnahme des Privatkapitals vor. Das Capital welches Preußen in der Bank angelegt, sollte ihm nach jenem Entwurf vom Reich zurückgezahlt werden. Nachdem bereits am nächsten Tage die „Börz. Ztg.“ diese Mittheilungen angefehlet hatte, kommt heute der in diesen Dingen in der Regel wohlunterrichtete, „Börz. Cour.“ und meint: — Da von anderer Seite etwas voreilige Andeutungen über den augenblicklichen Stand der Angelegenheit verbreitet worden sind, so können wir nicht umhin, den wirklichen vollständigen Inhalt der dies bezüglichen Propositionen hier wiederzugeben. Danach sollen neben der Preussischen Bank, die allerdings bestehen bleiben würde, in München und Leipzig je noch eine Reichsbank errichtet werden. Diese beiden Banken würden in gewisser Beziehung mit der Preussischen Bank, deren Wirkungsbereich selbstverständlich durch dieselben erheblich beschränkt werden würde, in Konkurrenz treten. Sie würden sogar ermächtigt werden, in Preußen Commanditen und Filialanstalten zu errichten, während allerdings auch die Preussische Bank außerhalb Preußens derartige Zweigniederlassungen etablieren dürfte, so daß also alle drei Banken an allen Plätzen Deutschlands Filialen errichten könnten. Ferner würden während die preuß. Bank jetzt nach ihrer Konfessions-urkunde nur ein Drittel Metallbedeutung ihrer Noten notwendig hat, alle drei Bankanstalten zwei Drittel Notenbedeutung in Metall haben müssen. Die preussische Bank hätte demnach mit Einführung der neuen Reichsgoldwährung ihre Metallbedeutung auf das Doppelte der jetzigen zu erhöhen. Es sind diese Propositionen allerdings so eminent ungünstig für die preussische Bank, daß es noch nicht als sicher zu betrauten ist, daß dieselben von allen maßgebenden Seiten akzeptirt werden. Nach der Stimmung im Reichstage aber und selbst in den Kreisen des Bundesraths und besonders der außerpreussischen Regierungen ist es trotz dem durchaus nicht unmöglich, daß die Propositionen zum Gesetz erhoben werden. Ob eine Privatbetheiligung bei den neuen Anstalten zugelassen werden würde, und ob dieselbe bei der preussischen Bank erhalten bleiben solle, sind Fragen, deren Lösung man bisher noch nicht näher getreten ist. Wahrscheinlich indessen wird man von jeder Privatbetheiligung bei allen drei Banken vollständig abstrahiren und die Anstalten zu reinen Reichs-Instituten machen.

**\*\* Berlin.** 1. Juni. Der Magistrat hat jetzt seinen Plan zur Errichtung einer neuen städtischen Anleihe von 8,000,000 Thlr.

der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorgelegt. Von dem Betrage der Anleihe sollen entfallen: 5 Millionen auf die Erweiterungsbauten der städtischen Gasanstalten, 1 Million auf den Bau höherer Schulen, 2 Millionen auf die Ausführung der Kanalisation im 3. Radialsysteme. Die auszubehenden Obligationen werden in Marktwährung ausgegeben sein, der Zinsfuß soll 4 1/2 Proz. betragen, die Amortisation mit dem Jahre 1877 beginnen. Der Magistrat sagt in seiner Vorlage Folgendes: Von der projektierten Anleihe sollen 5 Millionen auf Erweiterung der Gasanstalten, eines industriellen Unternehmens der Stadt, welches durch die Verwendung dieser Summe in seinem Werthe um den gleichen Betrag gesteigert wird und nicht nur die Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Gelder übernimmt, sondern auch noch einen beträchtlichen Gewinnüberschuss gewährt. Weitere 2 Millionen kommen sodann auf die Kanalisation, deren Ausgaben einschließlich der Verzinsung und Amortisation von den beteiligten Einwohnern übernommen werden sollen, so daß nur die übrig bleibende eine Million der Stadthaushaltsetat belasten wird. Da in nicht zu ferner Zeit weitere Summen erforderlich werden für die Erbauung von Markthallen, die Erbauung eines Polizeipräsidialgebäudes, eines Arbeitshauses u. c., so wollen die Kommunalbehörden sich vorbehalten, innerhalb 5 Jahren eine weitere Anleihe von 4 Millionen Thln. zuzuschlagen.

**\*\* Vom Berliner Pfandbrief-Institute** sind bis Ende Mai c. 4,454,000 Thlr. 4prozentige und 1,958,000 Thlr. 5prozentige, zusammen 6,412,000 Thlr. Pfandbriefe ausgegeben. Es sind zugesichert, aber noch nicht abgehoben 1,756,300 Thlr., in der Feststellung begriffen 13 Darlehnsgefuche auf Grundstücke zum Feuer-Versicherungswerte von 523,950 Thlr., im Laufe des Monats Mai c. angemeldet 14 Grundstücke mit einem Feuerversicherungswerte von 655,275 Thlr.

**\*\* Die Eisenbahntarife und der deutsche Handelstag.** Die Handelskammer zu Hannover hat, wie bereits mitgeteilt, die Berufung einer Plenarversammlung des deutschen Handelstages zur Beratung über, resp. Beschlußfassung gegen die in Aussicht genommene Erhöhung der Eisenbahntarife beantragt. Demnach aber hat dieselbe Handelskammer in Gemeinschaft mit den Kamern zu Iserlohn, Barmen, Düsseldorf, dem Mittelrheinischen Fabrikanten-Verein zu Mainz und dem in dieser Frage ganz besonders rührigen Vereine zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interesse für Rheinland und Westfalen in Düsseldorf die Handelsvorstände zu einer Versammlung nach Frankfurt a. M. zu Freitag, den 5. Juni, eingeladen, um durch gemeinsamen Gefinnungsausspruch vom Nord und Süd unseres Vaterlandes die Regierungen, sowie die Eisenbahn-Direktionen vor übereilten Experimenten zu benachrichtigen. Ziemlich gleichzeitig aber hat der Ausschuss des deutschen Handelstages die sämtlichen Mitglieder des Handelstages, d. h. also die resp. Kaufmannschaften, Handelskammern u. c. eingeladen, eine am Freitag, den 12. Juni, in Düsseldorf stattfindende Sitzung des bleibenden Ausschusses durch je einen Delegirten zu beschicken. Jene Versammlung in Frankfurt a. M. wird hiernach schwach besucht oder ganz ausgesetzt werden, denn um in Gemeinschaft mit gleichen Interessen einen möglichst kraftvollen Noth- und Hilfschrei gegen Erhöhung der Eisenbahntarife auszusprechen, dazu bedarf es keiner Versammlung in Frankfurt vor — wie gewünscht wird — recht vielen Mitgliedern. Von um so größerer Wichtigkeit ist aber die Versammlung in Düsseldorf, denn dort fällt die Stimme nicht als Stimme von Personen, sondern als Vertreter von Handelsvorständen, als Ansicht des betreffenden Kollegiums ins Gewicht, dort wird es sich auch darum handeln, die Gründe für und wider (und beide Ansichten werden unzweifelhaft und zwar sehr entschieden vertreten sein) zu erwägen und auch zu prüfen, wie auf die Modalitäten der Ausführung, wenn die von den Eisenbahnen gewünschte Erhöhung der Tarife um 20 pCt. eintritt, einzuwirken sein möchte. Auf einen Punkt ist vorweg aufmerksam zu machen; es wird vorausgesetzt, daß die Erhöhung sich gleichzeitig und gleichmäßig auf sämtliche deutsche Bahnen erstreckt, die einzige Ausnahme sollen die Güterverkehrs- der Elb- und Weserhäfen mit Mittel- und Süddeutschland, sowie mit Oesterreich und der Schweiz bilden. Es würden also dadurch Zwischenplätze wie Magdeburg, Braunschweig, Hannover, Köln noch mehr als gegenwärtig durch die nachtheilige Tarifierung in der Konkurrenz mit Hamburg, Harburg, Bremen zu leiden haben. Für diese Plätze sind niedrigere Tarife eingeführt wegen holländischen, belgischen, französischen Konkurrenz; Magdeburg, Köln u. c. bezahlen den Ausfall durch hohe Tarife.

**\*\* Commercielle Zentralbahn.** Im Konturte dieser Eisenbahngesellschaft hat nunmehr auch der zweite Prüfungstermin vor dem Berliner Stadtgericht stattgefunden. Der Verwalter der Masse, Justizrat von Wilmowski, hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung direkt aufzufordern, die Bahn sofort selbstständig zu übernehmen; wenn dagegen die Staatsregierung ablehne, die Bahnanlage selbst aufzulösen resp. die Grundstücke zu veräußern. Stadgerichtsrath Willmann als Kommissar des Konturtes erklärte, daß das Kollegium des Stadtgerichts in seiner Sitzung vom 29. d. M. beschloffen habe, ganz nach dem Antrage des Verwalters der Masse zu handeln. Allerdings hat das Gericht bei Uebernahme der Bahn durch die Staatsregierung den Termin zur Abnahme derselben, bis zur Zustimmung des nächsten Landtages festgesetzt; dahingegen auch beschloffen, falls die Regierung die Bahn nicht übernimmt, trotz des Einspruchs des Handelsministeriums auf den Verkauf der Grundstücke, Bahnanlagen u. c. einzugehen und um deswillen die staatlichen Instanzen anzurufen. Die Aktiva der Bahn bestehen aus der Eisenbahn-Anlage nebst Zubehör laut Tage vom 28. Januar resp. 18. Februar cr, 2,438,700 Thlr., Inventar und Mobilien im Berliner Bureau 1036 Thlr. 15 Sgr. Objekte, welche noch nicht sicher berechnet werden konnten, als Stammaktien der Gesellschaft über 1,535,800 Thlr., Regressansprüche gegen die Gründer Wagener, Ober, Schuster im Betrage von 634,654 Thlr. 15 Sgr., Regressansprüche wider die letzten Mitglieder des Verwaltungsraths Schuster, Kaiser und Mellenthin in Höhe von 1,755,028 Thlr., Regressansprüche gegen die Gründer des Verwaltungsraths wegen der verlorenen Staatskautio mit 228,000 Thlr. Ansprüche gegen die Aktienzeigener, welche das Statut unterzeichnet haben und sich danach verpflichtet. Die Passiva dagegen betragen an Forderungen für Grunderwerb 80,000 Thlr., sonstige bevorrechtigte Forderungen 5500 Thlr. und andere nicht privilegierte Forderungen circa 1,200,000 Thlr., in Summa circa 1,285,500 Thlr. Die nicht privilegierten Forderungen dürften sich aber noch bedeutend dadurch ermäßigen, daß viele derselben doppelt angemeldet sind.

**\*\* Potsdamer Holzfactorie auf Aktien** (früher Gebr. Saran). Die soeben veröffentlichte Bilanz schließt mit 697,436 Thlr. ab. Unter den Aktiven figuriren außer mehreren kleineren Posten hauptsächlich die Waarenbestände 402,934 Thlr., die Debitoren 80,087 Thlr., Grundstücke 57,199 Thlr., Bauschulden 42,349 Thlr., Maschinen, Inventarium u. s. w. 24,363 Thlr. Die Passiven bestehen aus dem Grundkapital von 500,000 Thlr., der Hypothekenschuld von 40,000 Thlr., Accepten von 8003 Thlr., Creditoren 104,043 Thlr. und dem Reservefonds von 7333 Thlr. Der Brutto-Gewinn beträgt 77,577 Thlr., der Netto-Gewinn 37,970 Thlr. Derselbe wird wie folgt vertheilt: vorweg 5 pCt. Zinsen auf das Aktien-Kapital 25,000 Thlr., von dem Reste je 10 pCt. des Gewinnes = 1297 Thlr. auf den Reservefonds und als Tantème für den Aufsichtsrath, 4600 Thlr. an die Direktoren, 648 Thlr. an die Beamten und 128 Thlr. Vortrag pro 1874. Die verbleibenden 5000 Thlr. = 1 pCt. des Grundkapitals werden als Super-Dividende und zwar vom 1. Juni c. an mit 2 Thlr. pro Aktie in Berlin bei F. W. Krause u. Co. zahlbar, den Aktionären zur Theil, welche somit im Ganzen eine Dividende von 6 pCt. erhalten.]

**\*\* Karlsruhe.** 1. Juni. Bei der heute stattgehabten Gewinnziehung der Badischen 100-Thaler-Loose fiel der Hauptgewinn von 175,000 Fl. auf Nr. 79,195. Nr. 107,854 gewann 28,000 Fl., Nr. 63,369 10,500 Fl., Nr. 70,483 2800 Fl., Nr. 41,909, 71,945 und 79,184 gewannen 1400 Fl., Nr. 6902, 6938, 58,763, 79,177, 101,859, 101,896 und 118,410 700 Fl.

### Vermischtes.

**\* Königsberg.** 31. Mai. Im Kriminalprozeß gegen den Bankier Jacob und Genossen wegen betrügerischen Bankerotts sprach gestern

das ostpreussische Tribunal, das auf die Appellation der Angeklagten gegen das Urtheil des hiesigen Stadtgerichts zwei Tage verhandelt hatte, das Urtheil zweiter Instanz dahin, daß Jacob aus § 308 der Konturs-Ordnung mit 4 Jahren Gefängniß, wovon 1 Jahr für die Unterthätigkeit anzurechnen sei und 1 Jahr Ehrverlust, Banquier Simon aus § 257 des R.-Str.-G. zu 200 Thlr. oder 6 Wochen Gefängniß und wegen Theilnahme an dem Vergehen aus § 308 der Konturs-Ordnung zu 1 Monat Gefängniß, Kaufmann Rosenhals aus § 257 des R.-Str.-G. zu 200 Thlr. oder 6 Wochen Gefängniß zu bestrafen, der Buchhalter Janowski dagegen freizusprechen sei. Die Herren Simon und Rosenhals hatten in erster Instanz schwerere Strafen erhalten und zwar wegen einiger Handlungen, die sie unternommen hatten, um von Jacob das Verhängniß des Bankerotts abzuwenden.

**\* Thorn.** 2. Juni. Wir reproduziren kürzlich eine Mittheilung der „Th. Ost. Ztg.“, wonach ein Sergeant der Artillerie bei einem Besuch in Leibitz das Gewehr eines auf Posten stehenden russischen Soldaten beschlagnahmt und damit einen Zollbeamten verwundet haben sollte. Hierauf geht uns von dem 2. Bat. des Niederösch. Fest.-Art.-Reg. Nr. 5 die Mittheilung mit dem Ersuchen um Abdruck zu, daß „bei dem erwähnten Vorfalle kein Sergeant der Artillerie betheiliget gewesen ist und daß der russische Soldat beim Entladen des Gewehrs dasselbe nicht aus der Hand gegeben hat“.

**\* Der russische Diamantendiebstahl.** Ein Berichterstatter des Pariser „Gaulois“ hat im Grand Hotel in Paris Miß Bhenix Blackford, die Helbin des Diamanten-Diebstahls, den Großfürst Constantin bei seiner Mutter begangen, „interviewed“. Das Blatt erzählt: Miß Blackford ist klein und anmutig von Gestalt, von guter Familie, nicht schön, aber anziehend. Im Gepräche nannte sie die Großfürstin „meine Schwiegermutter“. Sie erklärte, die einzigen Juwelen, die der Großfürst entwendet hätte, seien ein Schmuck von Diamanten und Smaragden gewesen, der die Brust eines jener Bilder des heiligen Nikolaus zierte, die wohlhabende russische Familien mit Edelsteinen bedecken. Ein Adjutant des Großfürsten brachte den Schmuck ins Leihhaus, wo er ihn aufbrechen mußte, bevor man ihm 2000 Rubel darauf ließ. Dies geschah wenige Tage, bevor der Großfürst zur Rhina-Expedition abreisen sollte. Der Adjutant mußte ins Gefängniß wandern, und jetzt erst gewann die Polizei die Ueberzeugung, daß die häufigen Diebstähle im Marmorpalast durch den Großfürsten begangen würden. Der Berichterstatter fragte Miß Blackford, ob sie arretirt worden sei. „Ja“, sagte sie, ich brachte eine Woche im Palast des Grafen Trephoff, des Polizeiministers, zu“. — „Mit den Diamanten?“ — „O nein; der Großfürst warnte mich am Abend vorher und ich brachte meine Papiere und Juwelen auf die amerikanische Gesandtschaft, wo die Polizei sich überzeugen konnte, daß nichts davon meiner Schwiegermutter gehörte.“ Miß Blackford erklärte, es sei ihr Alles wieder zugestellt worden, als man sie über die Grenze brachte. „Ich wurde wie eine Kabinenbesitzerin behandelt und hatte eine Eskorte.“ — „Wirklich?“ — „Ja, aber nur eine kleine — zwei Gendarmen.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

### Angekommene Fremde vom 3. Juni.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Berkwitz aus Chemnitz, Hoffmann a. Berlin, Kassauer a. Leipzig, Müller a. Danzig, Cohn a. Glogau, Ulrich aus Wien, die Gutsbesitzer v. Redolinski a. Posen, Sternol a. Zabno.

### Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

**Paris.** 2. Juni. Zwischen dem rechten und dem linken Centrum finden unausgesetzt Verhandlungen über einen engeren Anschluß beider Parteien an einander statt. In der morgen stattfindenden Fraktions-sitzung des rechten Centrums wird ein von Audiffret, Broglie und Goulard redigirtes Parteiprogramm zur Berathung vorgelegt werden. Gambetta hielt in Auxerre eine Rede zu Gunsten der Republik. Er hob hervor, die republikanische Partei geminne seit drei Jahren mehr und mehr Boden. Ein endgültiger Kampf um die Regierungsgewalt finde zwischen zwei Formen statt, nämlich zwischen der Demokratie und dem Cäsarismus. Die Rede greift das Kaiserreich sehr heftig an und fordert schließlich alle Liberalen und Republikaner zu einer Vereinigung auf, um dem Lande eine definitive Organisation zu geben.

**Paris.** 3. Juni. In der Generalversammlung der Suezkanalgesellschaft erstattete der Verwaltungsrath den Geschäftsbericht und beantragte die Kapitalisirung der sieben noch unbezahlten Coupons, einschließlich der nächstfälligen, zum Gesamtbetrage von 35 Millionen. Dafür würden vierhunderttausend Obligationen zu je 85 Franken auszugeben sein, welche binnen 40 Jahren einlösbar und mit 5 % zu verzinsen seien. Der Bericht konstatiert, daß alle Arbeiten für die Aufbesserung der Canalerweiterung ausgegeben waren, berührt den Conflict mit der türkischen Regierung, für dessen Ausbruch die vom englischen Gesandten beeinflusste Pforte allein verantwortlich gemacht wird. Lesseps habe mit der Gewalt nachsprach und bitte die Gesellschaft um die nöthige Vollmachten zur Wahrung früherer Rechte. Die Versammlung beschloß dem vorstehenden Verwaltungsrathe die umfassendsten Vollmachten zu erteilen.

Mac-Mahon gibt nächsten Donnerstag zu Ehren des deutschen Botschafters ein großes Diner.

### Graphische Börsenberichte.

**Breslau.** 2. Juni, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus 100 Liter 100 pCt. pr. Juni 24, pr. August-September 24, pr. September-Oktober 22, Weizen pr. Juni 90, Roggen pr. Juni 63, pr. Juli-August 59, pr. September-Oktober 56, Rüböl pr. Juni 18, pr. September-Oktober 19, — Wetter: Heiß.

**Bremen.** 2. Juni. In Petrozium großes Termingeschäft, Standard white 11 Mark 50 Pf. bez.

**Hamburg.** 2. Juni, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen loco fest, auf Termine matt. Roggen loco fest, auf Termine still. Weizen 216-pfd. pr. Juni 1000 Kilo netto 256, 256 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 254 B., 253 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 253 B., 252 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 242 B., 240 G. Roggen pr. Juni 1000 Kilo netto 183 B., 182 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 178 B., 177 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 173 B., 172 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 171 B., 170 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 170 B., 169 G. Safer fest. Gerste still. Rüböl behauptet, loco 59, pr. Oktober 200 Pfd. 60, Spiritus flau, pr. Juni-Juli 53, pr. Juli-August 55, pr. August-September und pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 56, Raffee fest; Umfag 3000 Sad. Petroleum flau, Standard white loco 12, 00 B., 11, 50 G., pr. Juni 11, 50 G., pr. August-Dezember 12, 25 G. — Wetter: Gemittet.

**Köln.** 2. Juni, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Schön. Weizen flau, hiesiger loco 9, 15, fremder 9, 7, pr. Juli 8, 19, pr. November 7, 22. Roggen niedriger, fremder loco 6, 15 a 6, 10, pr. Juli 5, 19, pr. November 5, 13, Rüböl fest, loco 10, pr. Oktober 11, 20, Leinöl loco 11.

**London.** 1. Juni. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Fremde Zufuhren seit legtem Montag: Weizen 20,977, Gerste 4263, Safer 38,871 Otrrs. Der Markt schloß für sämtliche Getreide bei schleppendem Befehre ruhig, Safer fest. Weiser engl. Weizen 62—67, rother 58—63, hiesiges Mehl 45—54 Sh. — Wetter: Bewölkt.



